



**FAHR
LEHRER
VERBAND**

**BADEN-
WÜRTTEMBERG
E. V.**

SATZUNGEN

**Fahrlehrerverband
Baden-Württemberg e.V.**

Fassung vom 24. April 2021

**Freiwillige
Sterbekasse 'Stock'**

Fassung vom 29. November 2017

**Fahrlehrerverband
Baden-Württemberg e.V.**

Zuffenhauser Str. 3
70825 Korntal-Münchingen

Telefon	0711 83 98 75-0
Fax	0711 83 80 211
E-Mail	hotline@flvbw.de
Internet	www.flvbw.de
Facebook	www.facebook.com/flvbw

Satzung

des Fahrlehrerverbandes Baden-Württemberg e.V.

§ 1	Name und Sitz	01
§ 2	Zweck und Ziele	01
§ 3	Mitgliedschaft	02
§ 4	Rechte und Pflichten der Mitglieder	02
§ 5	Beitrag	03
§ 6	Ende der Mitgliedschaft	03
§ 7	Organe des Vereins	04
§ 8	Mitgliederversammlung	04
§ 8a	Virtuelle Mitgliederversammlung	05
§ 9	Der Beirat	05
§ 9a	Finanzausschuss	06
§ 10	Vorstand	06
§ 11	Abstimmungen und Wahlen	07
§ 12	Geschäftsstelle	07
§ 13	Rechnungsprüfer	08
§ 14	Wettbewerbsregeln und Disziplinarmaßnahmen	08
§ 15	Schlichtungsausschuss	08
§ 16	Ehrungen	09
§ 17	Berufsjubiläum	09
§ 18	Gliederung des Vereins	09
§ 19	Erfüllungsort, Gerichtsstand und Geschäftsjahr	11

Anhang I

Abstimmungs- und Wahlordnung des Fahrlehrerverbandes Baden-Württemberg e.V. einschl. seiner Kreisvereine

§ 1	Leitung der Abstimmungen und Wahlen	12
§ 2	Beschlussfassung	12
§ 3	Durchführung von Wahlen	12
§ 4	Persönliche Abstimmung	13
§ 5	Wahlausschuss	13
§ 6	Protokoll über die Beschlüsse der Versammlung	13
§ 7	Einsprüche	13

Seite

Anhang II

Wettbewerbsregeln des Fahrlehrerverbandes Baden-Württemberg e.V.

01 13

Anhang III

Standesregeln des Fahrlehrerverbandes Baden-Württemberg e.V. (Stand 4/2016)

16

Satzung

der Freiwilligen Sterbekasse 'Stock'

§ 1	Name, Sitz und Zweck	18
§ 2	Mitgliedschaft	18
§ 3	Rechte und Pflichten der Mitglieder, Unterstützungsbeitrag und Unterstützungsleistung	19
§ 4	Organe des Vereins	20
§ 5	Vorstand	20
§ 6	Mitgliederversammlung	20
§ 7	Satzungsänderungen und Auflösung des Vereins	21
§ 8	Geschäftsjahr	21
§ 9	Schließung der Freiwilligen Sterbekasse 'Stock'	21

SATZUNG

des Fahrlehrerverbandes Baden-Württemberg e.V.

Eingetragen in das Vereinsregister beim Amtsgericht Stuttgart unter VR 557; zuletzt geändert mit Eintragung vom 6. Juli 2021. Beraten und beschlossen in der Mitgliederversammlung des Verbandes am 24. April 2021 in Pforzheim.

§ 1 Name und Sitz

(1) Der Verein führt den Namen:

Fahrlehrerverband Baden-Württemberg e.V.

(2) Er ist in das Vereinsregister eingetragen und hat seinen Rechtssitz in Stuttgart.

§ 2 Zweck und Ziele

(1) Leitthemen des Fahrlehrerberufs sind die Sicherheit und das umweltbewusste Verhalten im Straßenverkehr. In Übereinstimmung damit hat der Verband den Zweck, die allgemeinen Berufs- und Standesinteressen der Fahrlehrer zu wahren und zu fördern.

Insbesondere ist es seine Aufgabe, die Mitglieder in fachlichen, betriebswirtschaftlichen, allgemeinberuflichen und sozialen Fragen zu beraten und zu unterstützen. Hierbei soll der Verband mit anderen Fahrlehrerverbänden, der Bundesvereinigung der Fahrlehrerverbände e.V., den im baden-württembergischen Landtag vertretenen politischen Parteien, den zuständigen Ministerien, den Technischen Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr und anderen Prüfungsinstanzen sowie allen anderen Stellen, die sich mit der Sicherheit des Straßenverkehrs und dem umweltschonenden Verhalten der Kraftfahrer befassen, zusammenarbeiten.

Der Verband kann mit Zustimmung des Beirates anderen Vereinigungen und Institutionen beitreten, soweit dies der Erfüllung seiner Aufgaben dienlich erscheint.

Ferner ist es Aufgabe des Verbandes, für eine zeitgemäße Weiterentwicklung des Verkehrsrechts, des Fahrlehrerrechts sowie des Fahrausbildungs- und Prüfungsrechts einzutreten und sich für die Erhaltung und Förderung des privatwirtschaftlichen Fahrausbildungswesens einzusetzen.

(2) Weiterhin gehört es zu den Zwecken des Verbandes:

- a) an der Weiterentwicklung des Berufsbildes mitzuwirken, für eine pädagogisch fundierte Ausbildung des Fahrlehrernachwuchses einzutreten und seinen Mitgliedern Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung zu bieten;
- b) die Verkehrssicherheit und das umweltschonende Verhalten im Straßenverkehr zu fördern;
- c) Einrichtungen zu fördern, die der sozialen Sicherung der Mitglieder und deren Angehörigen dienen;
- d) Entwicklung neuer Ausbildungsmodelle sowie die von zeitgemäßen Lehr- und Lernsystemen zu fördern;
- e) die Mitglieder bei der Führung ihrer Betriebe organisatorisch und kaufmännisch zu beraten;

- f) die Mitglieder über alle für den Fahrlehrerberuf und dessen Umfeld bedeutsamen Angelegenheiten regelmäßig zu informieren;
- g) aktiv für die Wahrung des lautereren Wettbewerbs im Fahrschulwesen einzutreten.

(3) Schließlich ist es Aufgabe des Verbandes, im Sinne der von ihm vertretenen Ziele Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.

§ 3 Mitgliedschaft

(1) Inhaber einer gültigen deutschen Fahrlehrerlaubnis können Mitglied des Verbandes werden. Juristische Personen können unter der Voraussetzung, dass sie eine Fahrschule betreiben, Mitglied werden. Die Vertretungsberechtigung hinsichtlich der Mitgliedschaft und das Stimmrecht liegt bei einer der zur gesetzlichen Vertretung berufenen Personen.

(2) Auf Vorschlag des Vorstandes können durch Beschluss des Beirates auch Personen als Mitglieder aufgenommen werden, die die Voraussetzungen des Abs. 1 nicht erfüllen, aber dem Fahrlehrerberuf nahe stehen. Diese Mitglieder sind von der Zahlung der Aufnahmegebühr und des Beitrags befreit. Sie sind nicht stimmberechtigt.

(2a) Auf Vorschlag des Vorstandes können durch Beschluss des Beirates auch fördernde Mitglieder (Fördermitglieder) aufgenommen werden. Dies können sowohl natürliche als auch juristische Personen oder Personenvereinigungen sein. Sie unterstützen den Verein im Rahmen der Satzungsmaßnahmen ideell und finanziell. Fördermitglieder haben kein aktives und passives Wahlrecht sowie kein Stimmrecht in der Mitgliederversammlung (§ 8).

(3) Der Antrag auf Aufnahme ist schriftlich zu stellen.

(4) Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand nach Anhörung des für den Betriebs- oder Wohnsitz des Bewerbers zuständigen Kreisvorsitzenden.

§ 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1) Jedes Mitglied hat im Rahmen des Verbandszweckes den gleichen Anspruch auf Vertretung und Wahrung seiner Interessen.

(2) Die Teilnahme an den Versammlungen und die Ausübung des Stimmrechts gehören zu seinen wichtigsten Pflichten.

(3) In den Vorstand des Verbandes können nur Mitglieder gewählt werden, die über eine mindestens 5-jährige Berufserfahrung als Fahrlehrer im Hauptberuf verfügen.

(4) Die Mitglieder sind verpflichtet:

- a) die Ziele und Aufgaben des Verbandes nach besten Kräften zu fördern;
- b) ihren Beruf ehrenhaft und kollegial auszuüben;
- c) das Fahrlehrergesetz und die auf ihm beruhenden Verordnungen zu beachten und die Wettbewerbsregeln des Verbandes einzuhalten;
- d) die Beiträge rechtzeitig zu entrichten;
- e) der Geschäftsstelle mitzuteilen:
 - Änderung ihrer Kontaktdaten,
 - Eröffnung oder Schließung eines Fahrschulbetriebes,
 - Veränderungen der Ausbildungsurlaubnis,

- Erteilung oder Wegfall der Seminarerlaubnis,
- Wegfall der Fahrlehr- oder Fahrshulerlaubnis,
- Berufswechsel,
- Eintritt in den Ruhestand.

§ 5 Beitrag

- (1) Neu aufgenommene Mitglieder haben eine Aufnahmegebühr zu entrichten.
- (2) Die Mitglieder haben halbjährlich im voraus, also jeweils zum 1. Januar und zum 1. Juli des laufenden Geschäftsjahres, den halben Jahresbeitrag zu entrichten.
- (3) Sind außergewöhnliche Aufwendungen zur Erreichung eines besonderen Zwecks notwendig, kann die Mitgliederversammlung eine Umlage beschließen. Die Umlage darf nur zweckgebunden verwendet werden; über die Verwendung eventuell nicht aufgebrauchter Mittel entscheidet der Beirat.
- (4) Die Aufnahmegebühr, der Jahresbeitrag, etwaige Umlagen sowie die Höhe der den Kreisvereinen zuzuweisenden Mittel werden von der Mitgliederversammlung festgesetzt, diese können für einzelne Gruppen der Mitgliedschaft (zum Beispiel Selbstständige, Angestellte, Behördenfahrlehrer) der Höhe nach unterschiedlich sein. Bestimmte Mitgliedergruppen können von der Pflicht zur Zahlung eines Umlagebetrages ausgenommen werden. Der Vorstand kann in Ausnahmefällen, wie längere Krankheit usw., für einzelne Mitglieder einen vorübergehend niedrigeren Beitragssatz bestimmen. Wird über die Höhe der Aufnahmegebühr sowie des Jahresbeitrages und die den Kreisvereinen zuzuweisenden Mittel auf der Mitgliederversammlung kein ausdrücklicher Beschluss gefasst, bleibt es bei den Sätzen des Vorjahres.
- (5) Außerordentliche Mitglieder (§ 3 Abs. 2) und Fördermitglieder (§ 3 Abs. 2a) sind von der Zahlung des Beitrages sowie der Umlagen befreit.
- (6) Mitglieder, die mit einem Jahresbeitrag bzw. neu aufgenommene Mitglieder, die mit der Aufnahmegebühr und dem ersten Halbjahresbeitrag im Rückstand sind, können nach vorhergegangener Mahnung und nach vorheriger Anhörung des zuständigen Kreisvorsitzenden durch Vorstandsbeschluss aus dem Verband ausgeschlossen werden.

§ 6 Ende der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft kann nur zum Ende eines Geschäftsjahres mit 3-monatiger Frist gekündigt werden. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Die Mitgliedschaft erlischt ferner durch Tod, jedoch können die nach § 15 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 des Fahrlehrergesetzes zur Fortführung der Fahrschule berechtigten Personen, sofern die Fahrschule weitergeführt wird, ohne besondere Aufnahmeformalitäten innerhalb von 6 Monaten nach dem Tod des Mitgliedes durch einfache schriftliche Erklärung an den Vorstand des Verbandes Mitglied werden.
- (2) Der Vorstand kann nach Anhörung des zuständigen Kreisvorsitzenden ein Mitglied zum Ende eines Geschäftsjahres ausschließen,
1. wenn die Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 entfallen, es sei denn, es handelt sich nur um einen vorübergehenden Wegfall der Fahrlehrerlaubnis von weniger als 12 Monaten Dauer oder um eine Berufsaufgabe aus Krankheits- oder Altersgründen,
 2. wenn das Mitglied seinen Beitragspflichten nicht nachkommt (§ 5 Abs. 6).

(3) Ferner kann der Vorstand nach Anhörung des Beirats ein Mitglied, das den Zwecken des Verbandes schuldhaft oder beharrlich zuwiderhandelt und hierdurch die Interessen des Verbandes schädigt oder schwere unbegründete Angriffe gegen andere Verbandsmitglieder, Mitarbeiter der Geschäftsstelle oder Mitglieder des Vorstandes oder Beirates richtet, ausschließen.

Dasselbe gilt für Mitglieder, die

- die eidesstattliche Versicherung über ihre Vermögensverhältnisse abgegeben haben oder
- über deren Vermögen beantragt wurde, ein Insolvenzverfahren zu eröffnen.

Der Vorstand hat dem Mitglied den beabsichtigten Ausschluss unter Nennung der Gründe und unter Setzung einer einmonatigen Frist mittels eingeschriebenem Brief mitzuteilen. Unterlässt es das Mitglied, sich innerhalb der gesetzten Frist zu dem beabsichtigten Ausschluss zu äußern, gilt der Ausschluss mit Ablauf der Frist als vollzogen.

Gegen den Ausschluss kann durch schriftliche Erklärung an die Geschäftsstelle Berufung eingelegt werden, die auf die Tagesordnung der nächstfolgenden Mitgliederversammlung zu setzen und auf dieser zu behandeln ist. Die Rechte des ausgeschlossenen Mitglieds ruhen ab Zustellung des Ausschließungsbeschlusses; die Berufung bewirkt keinen Aufschub.

§ 7 Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind:

- die Mitgliederversammlung,
- der Beirat,
- der Vorstand.

§ 8 Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins. Sie findet mindestens einmal im Jahr statt. Ort und Zeit werden vom Vorstand bestimmt.

(2) Die Mitgliederversammlung ist vom Vorstand mindestens einen Monat zuvor unter Beifügung der Tagesordnung schriftlich einzuberufen. Die Einladung kann im Verbandsorgan "FahrSchulPraxis" erfolgen.

(3) Die Tagesordnung wird durch den Vorstand aufgestellt. Sie hat mindestens folgende Punkte zu enthalten:

- a) Bericht des Vorstands,
- b) Jahresbilanzen,
- c) Bericht der Rechnungsprüfer,
- d) Entlastung des Vorstands,
- e) im ersten Wahljahr: Wahl des 1. und 3. Vorsitzenden sowie eines Rechnungsprüfers und des stellvertretenden Rechnungsprüfers;
im dritten Wahljahr: Wahl des 2. Vorsitzenden und eines Rechnungsprüfers;
im vierten Wahljahr: Wahl eines Angestelltenvertreters (Absatz 8),
- f) vom Beirat zusätzlich beschlossene Tagesordnungspunkte.

Der Vorstand kann die Tagesordnung erforderlichenfalls um weitere Punkte ergänzen; hierbei sollen insbesondere Anregungen von Mitgliedern oder Kreisvereinen berücksichtigt werden.

(4) Der Vorstandsvorsitzende (§ 10 Abs. 2) leitet die Mitgliederversammlung. Auf seinen Vorschlag kann die Mitgliederversammlung für die Dauer der Tagung einen Versammlungsleiter bestimmen. Anträge zu den in der Einladung genannten Tagesordnungspunkten können in der Mitgliederversammlung gestellt werden. Auf Verlangen des Versammlungsleiters sind sie schriftlich abzufassen.

(5) Über Anträge, die nicht Gegenstand der Tagesordnung sind, darf nur dann verhandelt und abgestimmt werden, wenn mindestens 2/3 der anwesenden Mitglieder der Zulassung beipflichten.

(6) Anträge, die gegen Gesetz oder Satzung verstoßen bzw. über die satzungsmäßigen Ziele des Verbandes hinausgehen oder in Rechte Dritter eingreifen, sind vom Versammlungsleiter zurückzuweisen.

(7) Der Mitgliederversammlung obliegt die Beschlussfassung über Satzungsänderungen und Auflösung des Vereins sowie die Verwendung des Vereinsvermögens im Falle der Auflösung.

(8) Die Mitgliederversammlung wählt jeweils im vierten Wahljahr einen angestellten Fahrlehrer als Vertreter der Angestellten für die Dauer von 4 Jahren in den Beirat; der Angestelltenvertreter hat im Beirat Sitz und Stimme wie jedes andere Beiratsmitglied.

(9) Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind vom Vorstand einzuberufen,
 a) wenn es das Interesse des Vereins erfordert,
 b) wenn es der Beirat beschließt,
 c) wenn ein Zehntel der Mitglieder dies schriftlich beantragt.

§ 8a Virtuelle Mitgliederversammlung

(1) Der Vorstand kann mit Zustimmung des Beirats in der Einberufung der Mitgliederversammlung bestimmen, dass diese virtuell durchgeführt wird, soweit

- eine Bild- und Tonübertragung der gesamten Mitgliederversammlung erfolgt,
- bei Abstimmungen und Wahlen die Stimmrechtsausübung über elektronische Kommunikation möglich ist,
- den Mitgliedern eine Fragemöglichkeit im Wege der elektronischen Kommunikation eingeräumt wird.

Die Bestimmungen des § 8 Mitgliederversammlung gelten entsprechend.

(2) Die vorstehenden Regelungen gelten entsprechend für Online-Versammlungen, Sitzungen und Beschlüsse des Vorstandes, des Beirates und seiner Ausschüsse sowie der Kreisvereine.

§ 9 Der Beirat

(1) Der Beirat setzt sich zusammen aus dem Vorstand, den Vorsitzenden der Kreisvereine und einem Angestelltenvertreter.

(2) Im Falle des Todes oder des Ausscheidens eines Beirats oder wenn dieser zum Vorstandsmitglied gewählt wird, rückt sein Stellvertreter für die restliche Amtszeit in den Beirat nach. Ist ein Beirat verhindert, so kann sein Stellvertreter stimmberechtigt an der Beiratssitzung teilnehmen.

(3) Der Beirat gibt sich in seiner konstituierenden Sitzung eine Geschäftsordnung, die für die laufende Wahlperiode Gültigkeit hat.

Der Beirat beschließt über alle Vereinsangelegenheiten, die über den Rahmen der allgemeinen Geschäftsführung hinausgehen, insbesondere über

- a) das Eingehen von Verbindlichkeiten von mehr als € 25.000 im Einzelfall sowie langfristige Verbindlichkeiten,
- b) die Anstellungsverträge mit den Vorstandsmitgliedern.

(4) Die Sitzungen des Beirats leitet der 1. Vorsitzende, bei dessen Verhinderung der 2. bzw. der 3. Vorsitzende.

(5) Der Vorstand bestimmt Ort und Zeit der Beiratssitzungen. Der Beirat ist mit einer Frist von mindestens einem (1) Monat einzuberufen:

- a) wenn es das Interesse des Vereins erfordert,
- b) wenn dies mindestens ein Viertel der Beiratsmitglieder schriftlich beantragt.

(6) Ausnahmsweise kann der Beirat in Textform abstimmen, wenn es sich um einzelne – besonders dringliche – Fragen handelt und die Mehrheit der Beiratsmitglieder mit Stimmabgabe in Textform einverstanden ist. Für die Abgabe der Stimme ist dem Stimmberechtigten mindestens ein Zeitraum von 10 Tagen, gerechnet vom Tage der Absendung des Textes an, einzuräumen. Geht bis zu diesem Zeitpunkt keine Antwort ein, so wird dies als Ablehnung des Antrages gewertet. Im Übrigen gilt die Abstimmungs- und Wahlordnung des Verbandes.

(7) Der Beirat ist ermächtigt, aus seiner Mitte, erforderlichenfalls unter Hinzuziehung von Mitgliedern oder anderen sachkundigen Personen, für bestimmte Aufgaben Ausschüsse einzusetzen, umzubilden und aufzulösen. Die Ausschüsse wählen einen Vorsitzenden, der die Ausschusssitzungen leitet. Die Ausschusssitzungen werden in Abstimmung mit dem Vorstand vom Ausschussvorsitzenden einberufen. An den Ausschusssitzungen nimmt ein Vorstandsmitglied teil. Der Ausschussvorsitzende hat dem Beirat in angemessenen Zeitabständen über die Ergebnisse der Ausschussarbeit schriftlich zu berichten.

(8) Der Beirat kann auf Vorschlag des Vorstandes für die Dauer von jeweils 4 Jahren Referenten für bestimmte Aufgaben bestellen. Diese haben ihre Tätigkeit in enger Zusammenarbeit mit dem Vorstand und nach dessen Weisung zu erfüllen.

§ 9a Finanzausschuss

(1) Der Finanzausschuss berät über den jährlichen Etat sowie über außerordentliche Finanzangelegenheiten des Vereines.

(2) Der Finanzausschuss setzt sich aus dem Vereinsvorstand sowie fünf vom Beirat aus dessen Mitte zu wählenden Ausschussmitgliedern zusammen, deren Wahl jeweils auf der konstituierenden Sitzung des Beirats erfolgt. Die regelmäßige Amtsdauer der Ausschussmitglieder endet mit der Wahlperiode des Beirats. Wiederwahl ist zulässig. Scheidet ein Ausschussmitglied aus, wählt der Beirat für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen ein Ersatzmitglied. Scheidet ein Ausschussmitglied aus dem Beirat aus, kann der Beirat bestimmen, dass es bis zum Ende der regelmäßigen Amtsdauer Mitglied des Finanzausschusses bleibt.

(3) Der Finanzausschuss wählt eines der fünf Ausschussmitglieder zum Obmann/zur Obfrau. Die Ausschusssitzungen werden in Abstimmung mit dem Obmann/der Obfrau vom Vorstand einberufen. Der Obmann/die Obfrau unterrichtet den Beirat in angemessenen Zeitabschnitten über die Ergebnisse der Ausschussarbeit.

(4) Die Ausschussmitglieder sollen auch Mitglieder des Verwaltungsrates der Fahrschul-Service Gesellschaft für Technik, Tagungen, Versicherungsvermittlungen und Ausbildung mbH (FSG/TTVA mbH) sein.

§ 10 Vorstand

(1) Der Vorstand führt die Verwaltung des Vereines.

(2) Der Vorstand setzt sich zusammen aus:

- a) dem 1. Vorsitzenden,
- b) dem 2. Vorsitzenden,
- c) dem 3. Vorsitzenden.

Der 1. Vorsitzende ist Vorsitzender des Vorstandes.

(3) Der Vorstand wird jeweils für die Dauer von 4 Jahren, bei Nachwahlen für die turnusgemäße Restdauer gewählt. Die Vorstandsmitglieder bleiben bis zur ordnungsgemäßen Wahl ihres Nachfolgers im Amt. Wiederwahl ist zulässig.

(4) Scheidet ein Vorstandsmitglied aus seinem Amt vorzeitig aus, so rückt jeweils das nachgeordnete Vorstandsmitglied für die restliche Amtsdauer des Vorgängers auf. Bis zur Nachwahl in der nächsten Mitgliederversammlung bestimmt der Beirat den 3. Vorsitzenden.

(5) Wird ein Rechnungsprüfer in den Vorstand gewählt, so scheidet er mit Annahme der Wahl aus seinem bisherigen Amt aus.

(6) Der 1. Vorsitzende und der 2. Vorsitzende vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich je einzeln.

(7) Der Vorstandsvorsitzende führt die laufenden Geschäfte des Vereins; ihm obliegt die Durchführung der Beschlüsse des Vorstandes und des Beirates.

(8) Der Vorstand hält seine Sitzungen nach Bedarf ab. Dabei ist darauf zu achten, dass regelmäßig alle Vorstandsmitglieder an den Vorstandssitzungen teilnehmen können. Sollte ein Vorstandsmitglied an der Teilnahme verhindert sein, haben sich die beiden anderen Vorstandsmitglieder um Einvernehmen in der Amtsführung zu bemühen. Ist Einigkeit nicht zu erzielen, entscheidet die Stimme des Vorstandsvorsitzenden, in seiner Abwesenheit die Stimme des 2. Vorsitzenden.

§ 11 Abstimmungen und Wahlen

Für alle Wahlen und Abstimmungen in den Vereinsorganen gilt die Abstimmungs- und Wahlordnung des Verbandes, die Bestandteil der Satzung ist, es sei denn, in der Satzung ist eine abweichende Regelung getroffen.

§ 12 Geschäftsstelle

(1) Der Verband hat eine Geschäftsstelle einzurichten. Sie wird von einem/einer Büro-leiter/in geleitet.

(2) Die Einstellung von Mitarbeitern obliegt dem Vorstand.

§ 13 Rechnungsprüfer

(1) Die Mitgliederversammlung wählt zwei Rechnungsprüfer und einen stellvertretenden Rechnungsprüfer für die Dauer von 4 Jahren. Jeder Rechnungsprüfer kann nur einmal wiedergewählt werden.

(2) Die Rechnungsprüfer haben vor der ordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes die Geschäftsführung des Vorstandes und der Geschäftsstelle daraufhin zu überprüfen, ob die Ausgaben- und Einnahmenbelege vollständig sind und mit den Eintragungen in der Buchhaltung übereinstimmen. Sie haben weiter darauf zu achten, ob die vorhandenen Belege inhaltlich verständlich und sachlich richtig sind.

(3) Über das Ergebnis ihrer Prüfung sowie eventueller Bedenken oder Anregungen haben die Rechnungsprüfer in der Mitgliederversammlung zu berichten.

§ 14 Wettbewerbsregeln und Disziplinarmaßnahmen

(1) Der Verein kann durch Mehrheitsbeschluss Wettbewerbsregeln aufstellen, die für alle Mitglieder verbindlich sind; in diesen ist das Recht des Vorstandes zur Verhängung und Festsetzung von Disziplinarmaßnahmen zu regeln.

(2) Der Vorstand kann gegen Mitglieder, die gegen Zweck und Ziele des Vereines sowie gegen die den Mitgliedern obliegenden Pflichten verstoßen, nach deren Anhörung folgende Disziplinarmaßnahmen verhängen:

- a) Verwarnung,
- b) Verweis,
- c) Geldbuße bis zu dem Betrag von € 1.000 im Einzelfall.

§ 15 Schlichtungsausschuss

(1) Dem Schlichtungsausschuss obliegt die gütliche Schlichtung von Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern.

(2) Der Ausschuss setzt sich aus 3 Mitgliedern zusammen, die von Fall zu Fall vom Vorstand aus den Reihen des Beirates berufen werden.

(3) Die Mitglieder des Schlichtungsausschusses üben ihr Amt ehrenamtlich aus. Sie wählen unter sich ein Mitglied als Vorsitzenden.

(4) Die Geschäftsstelle des Verbandes ist gleichzeitig die Geschäftsstelle des Schlichtungsausschusses.

(5) Die Anrufung des Schlichtungsausschusses hat in schriftlicher Form zu erfolgen. Eine Ausfertigung des Schriftsatzes ist dem betroffenen Mitglied eingeschrieben zuzustellen.

(6) Zur Vorbereitung einer mündlichen Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss kann dessen Vorsitzender eine Voruntersuchung führen und alle Maßnahmen einleiten, die zur sachgerechten Beurteilung der Angelegenheit dienlich sind. Wird eine Voruntersuchung durchgeführt, müssen die Betroffenen Gelegenheit erhalten, vom Vorsitzenden gehört zu werden. Der Vorsitzende kann den Antragsteller sowie etwaige Zeugen vorab hören.

(7) Die Verhandlung

- a) Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses bestimmt den Termin der Verhandlung und veranlasst die Ladung der Parteien und etwaiger Zeugen. Der

Schlichtungsausschuss entscheidet darüber, ob und welche Zeugen zu hören sind.

- b) Die Verhandlung ist nichtöffentlich. Die Vorstandsmitglieder oder ein vom Vorstand des Verbandes Beauftragter haben das Recht, als Zuhörer daran teilzunehmen.
- c) Die Parteien haben das Recht, sich eines Mitgliedes des Verbandes als Beistand zu bedienen.
- d) Die Verhandlung findet auch dann statt, wenn eine der Parteien trotz rechtzeitiger Ladung ohne ausreichende Entschuldigung nicht erschienen ist.
- e) Von der Durchführung einer mündlichen Verhandlung kann abgesehen werden, wenn der Schlichtungsausschuss den Parteien einen schriftlichen Einigungsvorschlag unterbreitet hat und die Parteien ihr Einverständnis dazu schriftlich abgegeben haben.
- f) Ist der Schlichtungsausschuss angerufen, darf ein Verfahren vor den ordentlichen Gerichten erst nach Abschluss des Verfahrens vor dem Schlichtungsausschuss eingeleitet werden.

(8) Der Schlichtungsausschuss hat festzulegen, welche Kosten durch das Verfahren beim Ausschuss entstanden sind und wer diese zu tragen hat.

§ 16 Ehrungen

Der Verein kann folgende Ehrungen vornehmen:

(1) Ehrungen für besondere Verdienste:

Es können sowohl Verbandsmitglieder als auch Nichtmitglieder mit der Ehrennadel des Verbandes für besondere Verdienste geehrt werden.

(2) Ehrenvorsitzende:

Durch Beschluss der jeweiligen Mitgliederversammlung können ehemalige Vorstandsmitglieder, die sich um den Berufsstand in besonderer Weise verdient gemacht haben, zu Ehrenvorsitzenden des Verbandes oder eines Kreisvereins ernannt werden. Die Ernennung zum Ehrenvorsitzenden gibt kein Recht zur Teilnahme an Vorstandssitzungen.

§ 17 Berufsjubiläum

(1) Der Beirat kann mit Einverständnis des zuständigen Kreisvorsitzenden an Mitglieder, wenn sie mindestens 3 Jahre dem Verband angehören, eine Jubiläumsnadel mit Urkunde verleihen, und zwar für

25-jährige Fahrlehrertätigkeit die silberne Jubiläumsnadel, für

30-jährige Fahrlehrertätigkeit die goldene Jubiläumsnadel, für

40-jährige Fahrlehrertätigkeit die goldene Jubiläumsnadel mit Eichenlaub und Jahreszahl.

(2) Maßgebend ist das Ausstellungsjahr der ersten Fahrlehrerlaubnis. Inwieweit Unterbrechungen der Tätigkeit nicht zu berücksichtigen sind, entscheidet der Vorstand.

§ 18 Gliederung des Vereins

(1) Der Verband ist in Kreisvereine untergliedert, wobei die in einem Landkreis oder einem Stadtkreis ansässigen Mitglieder je einen Kreisverein bilden; die in benachbarten Stadt- und Landkreisen ansässigen Mitglieder können mit deren Zustimmung in einem Kreisverein zusammengefasst werden.

(2) In Ausnahmefällen kann das in einem Kreis ansässige Mitglied auf Antrag auch Mitglied eines angrenzenden Kreisvereins werden, wenn dies die Zustimmung der zuständigen Kreisvereinsvorsitzenden findet.

(3) Der Kreisverein führt die Bezeichnung "Kreisverein ... im Fahrlehrerverband Baden-Württemberg e.V." (es ist die Bezeichnung oder die Verbindung der Bezeichnungen der jeweiligen Land- oder Stadtkreise zu verwenden). Sitz des Kreisvereins ist der Sitz des 1. Vorsitzenden. Der Kreisverein ist ein nichtrechtsfähiger Verein. Er ist nicht befugt, Beiträge zu erheben oder für den Verband zu handeln. Die Berufsvertretung liegt ausschließlich beim Verband.

(4) Zweck des Kreisvereins ist es,

- a) die Interessen der Mitglieder allgemein und in besonderen Fällen zu vertreten, jedoch nur im Bereich des Kreises und im Einvernehmen mit dem Vorstand des Verbandes;
- b) durch gegenseitigen Erfahrungsaustausch das Ausbildungsniveau in den Fahrschulen der Mitglieder zu fördern und durch bestmögliche Leistungen der Hebung der Verkehrssicherheit zu dienen;
- c) die Mitglieder anzuhalten, sich kollegial zu verhalten und, soweit erforderlich, sich gegenseitig zu unterstützen; an die allgemeinen Wettbewerbsregeln zu halten; an die Grundsätze der Fairness und Lauterkeit in der Geschäftsführung zu halten und insbesondere in der Werbung Zurückhaltung zu üben und nicht mit Superlativen und die Öffentlichkeit irreführenden Methoden zu werben und zu arbeiten; in fairem Leistungswettbewerb um die bestmögliche Ausbildung zu bemühen; nach Kräften um die Hebung des Ansehens der Fahrlehrerschaft in der Öffentlichkeit zu bemühen;
- d) die im Bereich des Kreisvereins ansässigen Fahrlehrer in kollegialer, kameradschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht einander näherzubringen;
- e) die zuständigen Behörden bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben, soweit diese das Fahrschulwesen betreffen, nach Kräften zu unterstützen;
- f) andere Verbände und Organisationen, soweit sie sich mit dem Verkehrswesen befassen, durch aktive Mitarbeit in ihren Bestrebungen zu unterstützen.

(5) Die Organe des Kreisvereins sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

(6) Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Kreisvereins. Versammlungen sollen nach Möglichkeit in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden. Die Mitgliederversammlung des Kreisvereins kann vom Vorstand des Verbandes und vom 1. Vorsitzenden des Kreisvereins einberufen werden.

Der 1. Vorsitzende des Kreisvereins hat die Versammlung einzuberufen, wenn dies ein Viertel der Mitglieder schriftlich beantragt.

(6a) Der Kreisvereinsvorsitzende, seine Stellvertreter und ein Kassierer werden jeweils für 4 Jahre von der Mitgliederversammlung gewählt. Die Wahl ist im zweiten Wahljahr, spätestens im 3. Quartal, durchzuführen. Die stellvertretenden Vorsitzenden können gleichzeitig auch das Amt des Kassierers ausüben.

(7) Für die Abstimmungen und Wahlen im Kreisverein gilt die Abstimmungs- und Wahlordnung des Verbandes. Im Übrigen gelten die Vorschriften der Satzung für die

Mitgliederversammlung der Kreisvereine mit der Ausnahme, dass die dort genannten Fristen um die Hälfte verringert werden können.

(8) Von jeder Versammlung des Kreisvereins ist ein Ereignisprotokoll durch den Kreisvorsitzenden zu fertigen, in der mindestens die in der Tagesordnung angegebenen Punkte behandelt werden. Dieses ist zusammen mit einer Anwesenheitsliste der Geschäftsstelle zu übersenden.

(9) Der Kreisvereinsvorsitzende ist verpflichtet, über den Verlauf der Beiratssitzungen den Mitgliedern des Kreisvereins bei der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten.

§ 19 Erfüllungsort, Gerichtsstand und Geschäftsjahr

(1) Änderungen dieser Satzung treten vorbehaltlich der Eintragung durch das Registergericht am Tag nach der Beschlussfassung einer Mitgliederversammlung (§ 8 Abs. 1) in Kraft, ausgenommen § 9a, der im Jahr 2018 am Tag der konstituierenden Sitzung des Beirats (§ 9 Abs. 3) in Kraft tritt.

(2) Erfüllungsort ist der Sitz der Geschäftsstelle des Fahrlehrerverbandes Baden-Württemberg e.V. Gerichtsstand für alle sich aus dieser Satzung ergebenden Rechte und Pflichten ist Stuttgart.

(3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

ANHANG I

Abstimmungs- und Wahlordnung des Fahrlehrerverbandes Baden-Württemberg e.V. einschließlich seiner Kreisvereine

§ 1 Leitung der Abstimmungen und Wahlen

- (1) Die Abstimmungen leitet der Versammlungsleiter. Versammlungsleiter ist der 1. Vorsitzende, bei seiner Verhinderung der 2. Vorsitzende. Diese können die Versammlungsleitung auch an eine dritte Person delegieren.
- (2) Die nach der Satzung durchzuführenden Wahlen leitet ebenfalls der Versammlungsleiter. Stellt sich ein Mitglied, das dem Vorstand angehört, zur Wahl oder wird über die Entlastung eines Vorstandsmitgliedes entschieden, ist die Versammlungsleitung auf einen von der Versammlung durch offene Abstimmung zu bestellenden Wahlleiter zu übertragen.

§ 2 Beschlussfassung

- (1) Die Beschlussfassung kann mittels Handzeichen, es sei denn, mindestens ein Viertel der anwesenden Mitglieder verlangt schriftlich abzustimmen, erfolgen.
- (2) Ein Antrag gilt als angenommen, wenn er mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt.
- (3) Stimmenthaltungen oder ungültige Stimmzettel werden als nicht abgegebene Stimmen behandelt.
- (4) Abweichend von § 32 Absatz 2 BGB ist ein Beschluss auch ohne Mitgliederversammlung gültig, wenn
 - alle Mitglieder in Textform beteiligt wurden,
 - bis zu dem vom Vorstand gesetzten Termin mindestens ein Zwanzigstel der Mitglieder ihre Stimmen in Textform abgegeben hat und
 - der Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit gefasst wurde.

§ 3 Durchführung der Wahlen

- (1) Bewerben sich mehrere Kandidaten für das Amt des 1., 2. oder 3. Vorsitzenden, so ist schriftlich zu wählen.
- (2) Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhält; § 2 Absatz 3 gilt auch hier.
- (3) Erreicht kein Bewerber im ersten Wahlgang die erforderliche Stimmenzahl, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Bei diesem können neue Bewerber vorgeschlagen werden.
- (4) Ergibt sich auch dann die in Absatz 1 bestimmte Mehrheit nicht, so kommen die beiden Anwärter mit den höchsten Stimmenzahlen in die engere Wahl (Stichwahl).
- (5) Wird in der Stichwahl wegen Stimmengleichheit kein Ergebnis erzielt, so ist - falls keiner der beiden Kandidaten verzichtet - eine zweite Stichwahl durchzuführen, und sollte auch diese wegen Stimmengleichheit kein Ergebnis zeigen, entscheidet das Los zwischen den Kandidaten.

§ 4 Persönliche Abstimmung

Jedes Mitglied hat eine Stimme. Stimmenübertragung ist unzulässig.

§ 5 Wahlausschuss (nur für Mitgliederversammlungen des Verbandes)

(1) Die Auszählung der Stimmen erfolgt durch einen 3-köpfigen Wahlausschuss. Dieser ist von der Mitgliederversammlung durch offene Abstimmung zu bestellen.

(2) Mitglieder des Wahlausschusses und der Wahlleiter können nicht gewählt werden.

(3) Bis zur Genehmigung des über die Wahl gefertigten Beschlussprotokolls sind die Stimmzettel und die Unterlagen über die Auszählung aufzubewahren.

§ 6 Protokoll über die Beschlüsse der Versammlung

Über die Beschlüsse der Versammlung ist ein Protokoll aufzunehmen und vom Vorsitzenden sowie dem Protokollführer zu unterzeichnen.

§ 7 Einsprüche

Einsprüche gegen einen Wahlgang können nur von Mitgliedern vorgebracht werden und sind nur dann zu berücksichtigen, wenn sie unmittelbar nach dem jeweiligen Wahlgang durch das einsprechende Mitglied zu Protokoll gegeben wurden.

ANHANG II

Wettbewerbsregeln des Fahrlehrerverbandes Baden-Württemberg e.V.

Eingetragen in das Register für Wettbewerbsregeln gemäß Verfügung vom 9. Mai 1977, Nr. IV 3792-70-L 270/71 (Fu/TRe) des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg. Geändert gemäß Verfügungen vom 20.07.1985 und 03.08.1987 sowie Bekanntmachung gemäß § 27 Abs. 2 Nr. 3 GWB vom 19.03.2007.

Artikel 1

Im geschäftlichen Verhalten sind die Grundsätze des lautereren Wettbewerbs, namentlich die Vorgaben des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), einzuhalten und Handlungen, die den guten Sitten widersprechen, zu unterlassen. Den Maßstab für den Begriff der guten Sitten bildet die vernünftige Verkehrsanschauung in Verbindung mit der Berufsauffassung der sich ihrer Pflichten gegenüber der Öffentlichkeit bewussten Fahrlehrer.

Artikel 2

1. Jede Fahrschule hat ihre Preise frei, selbstständig und in eigener Verantwortung zu bilden. Preisabsprachen unter mehreren Fahrschulen sind zu unterlassen, da hierin ein Verstoß gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen liegt.
2. Angaben über Preise, Preisbestandteile und Konditionen müssen den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Dies gilt nicht nur für den gesetzlich vorgeschriebenen Aushang in den Fahrschulräumen, sondern auch, wenn in der Werbung außerhalb der Geschäftsräume Preisangaben gemacht werden (Anzeigen, Handzettel, Schaufensterwerbung, Werbung im Internet usw.). Demgemäß hat die Fahrschule in Beachtung des Grundsatzes der Preisklarheit und Preiswahrheit ihre Preise für die von ihr angebotenen Leistungen wie folgt aufgliedert anzukündigen:
 - 1) pauschaliert für die allgemeinen Aufwendungen des Fahrschulbetriebes einschließlich des gesamten theoretischen Unterrichts (Grundbetrag), für die Vorstellung zur Prüfung für die Aufbauseminare nach § 2a Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 des Straßenverkehrsgesetzes und für die Fahreignungseminare nach § 4 a des Straßenverkehrsgesetzes sowie
 - 2) stundenbezogen für eine Fahrstunde im praktischen Unterricht und für die Unterweisung am Fahrzeug zu jeweils 45 Minuten.
3. Mit den unter 2.1) und 2.2) genannten Entgelten sind sämtliche im Fahrschulwesen üblichen Leistungen (mit Ausnahme des Verkaufs von Lehrmaterial) abgegolten.
 - a) Mit dem Grundbetrag sind u. a. abgegolten:
 - die allgemeinen Aufwendungen der Fahrschulen (z. B. Kosten für Unterrichtsräume, Garagen, Büro usw.),
 - der theoretische Unterricht (einschließlich eventueller Vorprüfungen),
 - allgemeine Steuern und Versicherungen.Der Grundbetrag ist für jede beworbene Ausbildung gesondert anzugeben.
 - b) Die Fahrschule ist verpflichtet (§ 19 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 FahrIG), als Regelleistung eine Fahrstunde von 45 Minuten Dauer anzubieten. Es ist ihr unbenommen, Fahrunterricht von kürzerer oder längerer Dauer anzubieten. In diesem Fall ist die angebotene Leistung als Übungsfahrt zu bezeichnen und ihre Dauer in Minuten deutlich lesbar anzugeben. Eine Ankündigung solcher Übungsfahrten ist nur erlaubt, wenn der Preis für die Fahrstunde von 45 Minuten Dauer (Regelleistung) zumindest in gleicher Größe wie der Preis der Übungsfahrt ausgewiesen wird.

Mit dem Entgelt für eine Fahrstunde oder Übungsfahrt sind abgegolten:

 - die gesamten Kosten für das Schulfahrzeug,
 - die Vergütung des Fahrlehrers während der praktischen Ausbildung,
 - die Kfz-Steuern und -Versicherungen (einschließlich einer eventuellen Insassenunfallversicherung).
 - c) Werden für die besonderen Ausbildungsfahrten (§ 5 Absatz 1 Satz 4 Fahrsch-AusbO, Sonderfahrten) andere Entgelte erhoben, müssen die anderen Entgelte im Ausbildungsvertrag, im Preisaushang und bei der sonstigen Werbung mit Preisangaben benannt werden. Artikel 2 Nr. 3 b) Satz 5 gilt entsprechend.

d) Das Entgelt für die Vorstellung zur Prüfung umfasst:

- das Entgelt für die theoretische Prüfungsvorstellung,
- das Entgelt für die praktische Prüfungsvorstellung, einschließlich der Prüfungsfahrt.

Es ist entsprechend zu unterteilen. Erfolgt die Anmeldung nur für einen Prüfungsteil (Theorie o. Praxis), so dürfen lediglich die entsprechenden Teilentgelte in Anrechnung gebracht werden. Dies gilt auch für Wiederholungsprüfungen.

4. Sämtliche Preise haben die gesetzliche Mehrwertsteuer zu enthalten.
5. Verlangt die Fahrschule im Falle des Nichtbestehens der theoretischen Prüfung erneut einen Grundbetrag für die Ergänzungsschulung, muss sie dies mit dem Fahrschüler im Ausbildungsvertrag vereinbaren sowie im Preisaushang und bei der sonstigen Werbung mit Preisangaben kenntlich machen und auszeichnen.
6. Die Fahrschule ist verpflichtet, mit dem Fahrschüler einen schriftlichen Ausbildungsvertrag abzuschließen und ihm ein Exemplar hiervon auszuhändigen.
7. Preiserhöhungen haben auf laufende Ausbildungsverträge keinen Einfluss.

Artikel 3

Der Fahrschule ist es untersagt, an Sonn- und Feiertagen praktischen oder theoretischen Unterricht zu erteilen oder erteilen zu lassen sowie Aufbau Seminare oder Fahreignisse durchzuführen oder durchführen zu lassen.

Artikel 4

Die Fahrschule verpflichtet sich, bei Verstößen gegen diese Wettbewerbsregeln eine mit einer Vertragsstrafe in Höhe von € 1.000 für jeden Fall der Zuwiderhandlung gesicherte Unterlassungserklärung abzugeben. Neben der Aufforderung zur Abgabe der Unterlassungserklärung kann der Vorstand eine Strafe bis zu € 1.000 festsetzen.

Artikel 5

Gibt die Fahrschule die gemäß Artikel 5 geforderte gesicherte Unterlassungserklärung nicht innerhalb einer angemessenen Frist ab, steht der ordentliche Rechtsweg offen.

Artikel 6

Soweit durch behördliche Auflagen, Verfügungen oder gesetzliche Bestimmungen Abweichungen oder Erweiterungen dieser Wettbewerbsregeln notwendig werden, wird der Vorstand ermächtigt, diese durchzuführen bzw. entsprechend zu beachten.

ANHANG III

Standesregeln der Mitglieder des Fahrlehrerverbandes Baden-Württemberg e.V.

Beschlossen in den Mitgliederversammlungen 2005 und 2016.

Der Verpflichtungscharakter dieser Grundsätze ist unterschiedlich. Bezüglich der gesetzlichen Vorgaben herrscht Erfüllungspflicht, hinsichtlich der weiteren Grundsätze Bemühungspflicht.

● ● ● **Ausbildungsauftrag**

Fahrlehrer werden ihrem gesetzlichen Ausbildungsauftrag und den Ansprüchen ihrer Fahrschüler gerecht. Sie haben ein doppeltes Mandat, einen öffentlichen Auftrag und einen Auftrag seitens ihrer Kunden. Fahrlehrer halten sich an die gesetzlichen Vorschriften, die ihre Berufsarbeit regeln. Sie bemühen sich, den Erwartungen ihrer Fahrschüler gerecht zu werden.

● ● ● **Vorbildfunktion**

Fahrlehrer sind Vorbild für verantwortungsbewusstes, umweltfreundliches Verhalten im Straßenverkehr. Sie zeichnen sich im täglichen Leben durch Rücksichtnahme und Rechtstreue aus.

● ● ● **Aktiv für den Berufsstand**

Fahrlehrer fühlen sich ihrem Berufsstand verpflichtet. Sie tragen aktiv zur Pflege eines guten gesellschaftlichen Ansehens des Berufsstandes bei. Sie beteiligen sich an der Verbandsarbeit und unterstützen die Arbeit ihrer Verbandsvertreter.

● ● ● **Beruflicher Nachwuchs**

Fahrlehrer übernehmen Verantwortung für ihren beruflichen Nachwuchs. Sie leisten nach Möglichkeit einen Beitrag zur Ausbildung junger Fahrlehrer.

● ● ● **Verständnis für die Kunden**

Fahrlehrer begegnen ihren Fahrschülern mit einer positiven, vorurteilsfreien Haltung. Sie kommen ihren Fahrschülern mit Freundlichkeit und Geduld entgegen. Sie bemühen sich um Verständnis für die Probleme ihrer Kunden.

● ● ● **Qualität ist ein besonderes Anliegen**

Fahrlehrern ist die Qualität ihres Unterrichts ein besonderes Anliegen. Sie sorgen für eine anregende, gelassene Lernatmosphäre, in der Menschen unterschiedlicher Begabungen sich wohl fühlen können. Sie bereiten sich sorgfältig auf ihren Unterricht vor und sind bei der Bewertung ihrer Unterrichtsleistung stets kritisch zu sich selbst.

● ● ● **Strukturierte Ausbildung**

Fahrlehrer bemühen sich um eine möglichst aktuelle, zutreffende Analyse des Lernstandes ihrer Schüler und geben das Ergebnis in verständlicher Form an ihre Fahrschüler weiter. Die Lernstanddiagnose ist Grundlage für die Planung der nächsten Lernschritte und die Entscheidung, ob ein Fahrschüler zur Fahrerlaubnisprüfung angemeldet werden kann. Fahrlehrer melden ihre Fahrschüler erst dann zur Prüfung an, wenn sie von deren Prüfungsreife überzeugt sind.

● ● ● **Fair Play**

Fahrlehrer nutzen das Abhängigkeitsverhältnis ihrer Fahrschüler nicht aus. Die Beziehung zu ihnen ist von Achtung und Taktgefühl geprägt. Die Preise für die Ausbildung sind angemessen und fair.

● ● ● **Fortbildung**

Fahrlehrer bilden sich weiter. Sie nehmen die Angebote zur Fortbildung wahr und halten sich immer auf dem Laufenden. Sie bemühen sich um stetige Steigerung ihrer beruflichen und menschlichen Kompetenz.

● ● ● **Kollegialer Wettbewerb**

Fahrlehrer streben nach kollegialem Verhalten. Sie enthalten sich negativer Äußerungen über andere Fahrlehrer. Sie betreiben keinen Kundenfang durch einen Wettbewerb, der auf Kosten der Qualität der Fahrausbildung geht. Sie kommunizieren miteinander, kooperieren und unterstützen sich.

● ● ● **Zusammenarbeit mit Behörden**

Fahrlehrer verhalten sich partnerschaftlich gegenüber den Verwaltungsbehörden, den Prüfern, der Polizei. Sie respektieren deren Kompetenzbereiche und arbeiten mit ihnen zusammen.

● ● ● **Fair Pay**

Fahrschulinhaber übernehmen soziale Verantwortung für ihre Angestellten, indem sie diese angemessen und fair bezahlen.

● ● ● **Motorradausbildung**

Motorradfahrlehrer fahren regelmäßig selbst Motorrad und bilden sich durch spezielle Zweiradseminare weiter. Außerdem versuchen sie bei der Zweiradausbildung möglichst viele Fahrstunden nicht mit dem Pkw, sondern mit dem Motorrad zu begleiten.

SATZUNG

der Freiwilligen Sterbekasse 'Stock'

Genehmigt: Mitgliederversammlungen 02.10.1993, 28.11.2001, 08.09.2011 und 29.11.2017.

§ 1 Name, Sitz und Zweck

Der Verein führt den Namen

**"Freiwillige Sterbekasse 'Stock'
der Fahrlehrer im Lande Baden-Württemberg".**

Er ist ein ideeller, nichtrechtsfähiger Verein und hat seinen Sitz am Sitz des Fahrlehrerverbandes Baden-Württemberg e.V.

Er bezweckt die freiwillige Zahlung einer einmaligen Unterstützungsleistung an den/die von einem Mitglied für den Fall seines Todes schriftlich benannten Bezugsberechtigten, ersatzweise den/die nachgewiesenen Erben.

§ 2 Mitgliedschaft

Mitglied des Vereins können nur Mitglieder des Fahrlehrerverbandes Baden-Württemberg e.V. und Bedienstete der TÜV SÜD Auto Service GmbH werden.

Der Erwerb der Mitgliedschaft des Vereins setzt bei Mitgliedern des Fahrlehrerverbandes weiter voraus, dass der Antragsteller das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Erfolgt der Eintritt in den Fahrlehrerverband nach Vollendung des 40. Lebensjahres, kann die Mitgliedschaft bis zur Vollendung des 50. Lebensjahres erworben werden; dies gilt auch, wenn ein Mitglied des Fahrlehrerverbandes nach Vollendung des 40. Lebensjahres heiratet. Bedienstete der TÜV SÜD Auto Service GmbH können die Mitgliedschaft bis zur Vollendung des 40. Lebensjahres erwerben. Der Vorstand kann in Einzelfällen Ausnahmen von diesen Altersgrenzen zulassen. Der Beirat des Fahrlehrerverbandes kann auf Antrag des Vorstandes für einen bestimmten Zeitraum die Altersgrenzen verändern, wenn dies im Interesse der Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Sterbekasse geboten erscheint.

Die Aufnahme in den Verein wird nach Stellung eines schriftlichen Antrags durch den Vorstand ausgesprochen. Erwirbt eine Person die Mitgliedschaft im Fahrlehrerverband, so wird sie zugleich Mitglied im Verein, es sei denn sie erklärt im Aufnahmeantrag, dass sie ausschließlich die Mitgliedschaft im Fahrlehrerverband wünscht.

Tritt ein Mitglied aus dem Fahrlehrerverband aus, erlischt die Mitgliedschaft mit dem Datum des Austritts. Dies gilt auch bei Ausschluss aus dem Fahrlehrerverband. Die Mitgliedschaft bei der Sterbekasse kann aufrechterhalten werden, wenn die Mitgliedschaft beim Fahrlehrerverband lediglich wegen Wechsels des Wohnsitzes in ein anderes Bundesland beendet wird und das Mitglied weiterhin als Fahrlehrer tätig ist.

Die Mitgliedschaft endet im Übrigen:

1. durch Austritt, der schriftlich unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 3 Monaten z. Hd. des Vorstandes zu erklären ist;
2. durch vom Vorstand zu beschließenden Ausschluss, wenn ein Mitglied mit mehr als 3 Umlagebeiträgen im Rückstand ist, wobei über diesen Ausschluss aufgrund etwaigen Widerspruchs letztlich die Mitgliederversammlung zu befinden hat,
3. auf Wunsch und entsprechender schriftlicher Erklärung des Mitgliedes nach Ableben des Ehepartners oder nach rechtskräftiger Ehescheidung.

Mit dem Ausscheiden erlöschen alle etwaigen Ansprüche des Mitgliedes an den Verein, insbesondere an das Vereinsvermögen, unbeschadet seiner bis dahin entstandenen Pflichten zur Beitragszahlung.

§ 3 Rechte und Pflichten der Mitglieder Unterstützungsbeitrag und Unterstützungsleistung

1. Im Todesfall eines Mitgliedes wird an den/die schriftlich benannten Bezugsberechtigten, ersatzweise den/die nachgewiesenen Erben, eine einmalige Unterstützungsleistung ausbezahlt; ein Rechtsanspruch auf diese ist aus geschlossen.
2. Zur Aufbringung der für die Unterstützung erforderlichen Mittel zahlt jedes Mitglied nach einem Todesfall eines Mitgliedes einen Beitrag in Höhe von 10,00 €.
 - a) Die Höhe der Unterstützungsleistung U bemisst sich nach folgender Berechnungsformel:

$$U = \frac{5n(n+1) + R}{n+1}$$

- n bezeichnet die Anzahl der nach einem Sterbefall lebenden Mitglieder,
 R die Höhe der Unterstützungsreserve zum Zeitpunkt des Todesfalls,
 U wird auf die zweite Stelle nach dem Komma abgerundet. Zum Zeitpunkt des ersten Todesfalls beträgt die Höhe der Unterstützungsreserve 0 €,
 E ist die Summe der Einzahlungen bei einem Todesfall.

Übersteigen die Einnahmen E die Unterstützungsleistung U, wird der Betrag E-U der Unterstützungsreserve zugeführt. Im anderen Fall wird der Betrag U-E aus der Unterstützungsreserve entnommen, um die Unterstützungsleistung auszahlen zu können.

- b) Die Unterstützungsreserve wird mündelsicher angelegt.
 - c) Sämtliche Erträge, die aus der Anlage der Unterstützungsreserve entstehen, fließen dem Fahrlehrerverband Baden-Württemberg e.V. zu. Er trägt im Gegenzug die Verwaltungskosten.
3. Soweit die Satzung im Übrigen nichts Gegenteiliges bestimmt, regeln sich die Mitgliedschaftsrechte und -pflichten nach den Vorschriften der §§ 21 ff. BGB.

§ 4 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

1. Vorstand
2. Mitgliederversammlung

§ 5 Vorstand

Vorstand des Vereins ist der jeweilige Vorstand des Fahrlehrerverbandes Baden-Württemberg e.V., bestehend aus Vorsitzendem, 2. Vorsitzendem und 3. Vorsitzendem. Die Tätigkeit des Vorstandes ist ehrenamtlich.

Der Vorstand hat die Mitgliederversammlung einzuberufen. Er ist zur Einberufung von außerordentlichen Mitgliederversammlungen befugt und dazu verpflichtet, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder dies schriftlich beantragen.

§ 6 Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins, sie findet nach Bedarf statt, mindestens aber gelegentlich der ordentlichen Mitgliederversammlung des Fahrlehrerverbandes Baden-Württemberg e.V.

Der Mitgliederversammlung obliegt die Entgegennahme des Geschäftsberichts und der Jahresabrechnung, die Entlastung des Vorstandes, die Beschlussfassung über den Ausschluss von Mitgliedern, die Beschlussfassung über Satzungsänderungen und über die Auflösung des Vereins sowie die Beschlussfassung über die auf die Tagesordnung gesetzten Punkte. Anträge von Mitgliedern für die Mitgliederversammlung müssen dem Vorstand mindestens 14 Tage vor der Versammlung eingereicht sein. Anträge außerhalb der Tagesordnung aus der Mitgliederversammlung heraus sind zu behandeln, wenn der Vorstand sie zulässt oder wenn zwei Drittel der anwesenden Mitglieder dem zustimmen. Mitgliederversammlungen sind mindestens 21 Tage zuvor - unter Bekanntgabe der Tagesordnung - durch den Vorstand einzuberufen.

Jedes Mitglied hat eine Stimme. Das Stimmrecht ist nicht übertragbar und kann nur persönlich ausgeübt werden.

§ 7 Satzungsänderungen und Auflösung des Vereins

Satzungsänderungen bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der in der Mitgliederversammlung anwesenden Mitglieder. Sie können nur beschlossen werden, wenn ihre Beschlussfassung auf die zugleich mit der Einladung zur Mitgliederversammlung bekannt gegebene Tagesordnung gesetzt worden ist.

Die Auflösung des Vereins kann nur beschlossen werden, wenn sie in der zugleich mit der Einladung zur Mitgliederversammlung bekannt gegebenen Tagesordnung angekündigt worden ist. Voraussetzung für eine rechtswirksame Beschlussfassung ist, dass mindestens die Hälfte aller Mitglieder in der Mitgliederversammlung persönlich anwesend sind. Für den Auflösungsbeschluss ist eine Mehrheit von drei Viertel der anwesenden Stimmen erforderlich. Ist nicht mindestens die Hälfte aller Mitglieder erschienen, so ist innerhalb weiterer 3 Monate eine zweite Mitgliederversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen die Auflösung des Vereins beschließen kann, sofern mindestens drei Viertel der Erschienenen dafür stimmen.

Bei der Auflösung des Vereins eventuell vorhandene Mittel z.B. aus Aufnahmebeiträgen werden zu gleichen Teilen an die Mitglieder ausgeschüttet.

§ 8 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 9 Schließung der Freiwilligen Sterbekasse 'Stock'

Die Sterbekasse wird zum 01.01.2018 geschlossen. Neue Mitglieder werden nicht mehr aufgenommen. Im Übrigen bleiben die Regelungen des § 2 zur Mitgliedschaft unberührt.

Verbleibt beim Tod des letzten Mitgliedes Vermögen der Sterbekasse, fällt es an den Fahrlehrerverband Baden-Württemberg e.V.



**FAHR
LEHRER
VERBAND**

**BADEN-
WÜRTTEMBERG
E. V.**